

## **Hochwasser contra Klimawandel**

Mehrheit der Ortenberger Stadtverordneten für Streichung der Windvorrangflächen auf Gemeindegebiet / Grüne erinnern an aktuell spürbare Auswirkungen durch CO<sub>2</sub>-Emissionen

**ORTENBERG** (ten). Alle Ortenberger Stadtverordneten mit Ausnahme der Grünen sprachen sich in der Sitzung am Dienstag gegen den Bau von Windrädern oberhalb von Lißberg aus. Damit unterstützten sie einen gemeinsamen Antrag von SPD und CDU, der die Löschung der entsprechenden Vorrangflächen aus dem Regionalplan Südhessen fordert. Während die anderen drei Fraktionen ein größeres Hochwasserrisiko durch Windräder im Wald sehen, mahnte Dietmar Wäß (Grüne) an, diese seien zum Ausbau erneuerbarer Energien gegen den Klimawandel notwendig.

Entsprechend gegensätzlich fielen denn auch die Ausführungen von CDU, SPD und auch FWG einerseits und den Grünen auf der anderen Seite zu möglichen Zukunftsszenarien aus. „Wir sehen das extrem kritisch“, sagte Jens Kraft (SPD). „Um die drei Windkraftanlagen zu stellen, müssen vier Hektar Wald gerodet werden.“ Gerade weil der Bergrücken, auf dem die Anlagen entstehen sollen, so steil sei, sei ein sehr aufwendiger Wegebau mit Serpentin und entsprechend großem Flächenverbrauch notwendig. Drei Windräder seien dabei die unterste Grenze, ab der eine Erschließung wirtschaftlich sinnvoll sei.

„Ein Teil der gerodeten Fläche wird sicherlich wieder aufgeforstet“, räumte Kraft ein. „Aber ein Großteil nicht und steht deshalb zur Hochwasserrückhaltung nicht mehr zur Verfügung.“ Deshalb forderte er im Namen der Kooperation aus CDU und SPD, dass die beiden Vorranggebiete nordöstlich von Lißberg, zwischen Hillersbach und Nidder, sowie zwischen Lißberg und Usenborn gestrichen werden.

In Zukunft sei vermehrt Starkregen von immenser Zerstörungskraft zu erwarten. „In den vergangenen Jahren nahmen die Schäden durch Starkregen in den Stadtteilen Lißberg, Eckartsborn, Ortenberg, Selters, Usenborn, Gelnhaar, Bergheim und Bleichenbach in erheblichem Maße zu“, erinnerte Kraft. Auch zahlreiche Projekte zur dezentralen Wasserrückhaltung hätten die enormen Schäden nicht verhindern können.

„Maßnahmen, die in für das Hochwasser relevanten Einzugsbereichen den schnellen Wasserabfluss fördern, sind daher dringend zu unterlassen“, so Kraft. Der Bau von Windrädern bedeute zum einen eine Bodenversiegelung durch die notwendigen großflächigen Fundamente mit einem Durchmesser von jeweils 30 Metern. Dazu müssten große Bereiche des Waldes für den Bau und die Zufahrten gerodet werden. Auch dort fließe das Wasser dann schneller ab. Schließlich werde für die Wege der Boden verdichtet und in Böschungsbereichen wasserführende Schichten angeschnitten. Gegen die Fläche zwischen Lißberg und Usenborn, bei der die Vergrößerung der Gefahr von Flutwellen geringer sei, spräche außerdem der Artenschutz, da in diesem Bereich Uhus brüteten.

Wäß setzte diesen Befürchtungen die jetzt bereits sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels wie die Extremtemperaturen in Nordamerika und die aktuellen

Unwettergefahren entgegen. „Die deutschen Versicherungsgesellschaften haben in zwei Monaten schon 1,7 Milliarden Euro Schäden wegen Hochwasser gelistet, so viel wie sonst im ganzen Jahr“, bilanzierte er wirtschaftliche Folgen. „Uns steht das Wasser buchstäblich bis zum Halse.“ Die Klimakommune Ortenberg schüre dagegen Ängste gegen den dringend notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien. Obwohl es im Stadtgebiet bisher kein einziges Windrad gebe, stelle Ortenberg einen Zusammenhang zu Hochwassergefahren her. Schotten und Gedern, wo hingegen Windräder stehen, hätten geringere Hochwasserschäden. „Wo ist da die Logik, wo ist der wissenschaftliche Beweis Ihrer Theorie?“ Der Grüne warf der Stadt zudem vor, sich beim Ausbau erneuerbarer Energien unsolidarisch und unfair gegenüber anderen Kommunen zu verhalten. SPD und CDU müssten Vorschläge für die Energiewende machen. Die energetische Sanierung des Bürgerhauses allein reiche nicht.

Obwohl in den vergangenen Jahren bereits 277 000 Hektar Wald durch Stürme, Dürre, Hitzewellen und Waldbrände vernichtet worden seien, seien die Grünen bereit, einige weitere Hektar Wald in Ortenberg für die Energiewende zu opfern. Der Antrag von SPD und CDU sei dagegen falsch. Er schüre Ängste „und versperrt den Blick für mutiges und verantwortungsvolles Handeln“. Die Thesen, mit denen die Kooperation argumentiere, würden einer seriösen Überprüfung durch Fachbüros nicht standhalten. „Die Wassermengen, die durch drei Windräder bei Starkregen entstehen, sind deutlich geringer als die Wassermengen aus neuen Baugebieten wie Wippenbach oder Völlchen.“ Für den Bau der Windräder sprächen neben Energiewende und Klimaschutz auch die Stärkung der regionalen Wirtschaft und zusätzliche Einnahmen für die Stadt.

Kraft entgegnete, nur weil es bereits Hochwasserereignisse in der Stadt gegeben habe, könne man nicht noch weitere zusätzliche Risiken eingehen. Die Anlagen, die Wäß in anderen Kommunen erwähnt habe, stünden in Gelände mit einer anderen Topografie, sodass die Risiken dort geringer seien, sagte er unter dem Beifall des Publikums.

Michael Kolbe (FWG) räumte ein, dass Klimaschutz wichtig sei, man müsse ihn aber differenziert betrachten. Der Ausbau der Windenergie sei „von oben angeordnet“ worden. „Doch wenn es Probleme gibt, wie werden diese ausgeglichen?“ Die Kommune habe einfach nicht die Mittel, die möglichen Folgen des Baus der Windräder im Wald auszugleichen. Der Antrag könne dazu beitragen, RP und Landesregierung für diese Lastenverteilung zu sensibilisieren.

Auch FWG-Fraktionschef Markus Bäckel räumte ein, „dass der Klimawandel schon in vollem Gange ist“. Er bestritt aber, dass die Gegner der Windräder Ängste schürten. „Es besteht durchaus ein gewisses Risiko für die betroffenen Gebiete.“ Und dieses Risiko werde auf einzelne Bürger verlagert. Deshalb lehne seine Fraktion die Anlagen an dieser Stelle ab. „Alternativen Standorten werden wir uns nicht verweigern.“

Dirk Vogel (CDU) betonte, dass die Probleme durch den Bau der Windräder offensichtlich seien, wenn man sich die Topografie im Bereich der geplanten Standorte betrachte. Er verwies darauf, dass die Grünen sich traditionell gegen einen Flughafenausbau ausgesprochen hätten. Nun, als Teil der Landesregierung, trügen sie ihn dagegen mit. Dies sei die Folge eines Abwägungsprozesses. Und ein solcher

Abwägungsprozess sei auch bei der Entscheidung über Standorte für Windräder nötig.

Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring verwies abschließend auf die bisherigen Erfolge, wegen derer die Stadt zur Klimakommune ernannt worden sei. Ortenberg habe die Ortsinnenentwicklung gefördert, statt neue Baugebiete auszuweisen. Dazu seien in drei Stadtteilen Nahwärmenetze entstanden. Schließlich habe man Modellprojekte zur Mobilitätswende begonnen. Ortenberg habe „im Bereich Kleinstädte eine Vorbildfunktion in Hessen“, betonte sie. „Hätten alle so viel getan, wie wir, wären wir ein ganzes Stück weiter.“ Dazu erwähnte sie, dass die Ovag 300 000 Haushalte mit Strom aus Windenergie versorge. „Wenn jede Region so viel tut, ist das Klima gerettet.“ Abschließend empfahl sie Wäß, sich bei seiner Argumentation weniger von Vorurteilen leiten zu lassen. Damit baue er unnötig Fronten auf. „Windenergie ist ein gutes Anliegen“, stellte Pfeiffer-Pantring fest. „Aber wenn Sie das so vortragen, sorgen Sie für sehr viel Vorbehalte.“